

Erhard Eppler

## Wozu noch SPD? Für einen handlungsfähigen Staat

Ralf Dahrendorf meinte einst, die Sozialdemokratie sei dabei, sich selbst überflüssig zu machen. Wozu noch eine Partei, wo doch das meiste, was sie angestrebt habe, sich inzwischen von selbst verstehe?

Seit die marktradikale Welle über Europa hinweggegangen ist, überzeugt Dahrendorfs Argumentation weniger denn je. Wir haben es mit einem Kapitalismus zu tun, der mit einigen Formulierungen aus dem *Kommunistischen Manifest* mehr gemein hat als mit der Sozialen Marktwirtschaft der 70er Jahre. Zwei Drittel der Deutschen finden, es gehe ungerecht zu im Lande. Sie werden in ihrer Überzeugung jede Woche neu bestätigt, etwa, wenn nun Sparer, Verbraucher und Steuerzahler dafür bluten müssen, dass hochbezahlte Bankmanager nicht wussten, was sie da in ihren Tresoren hatten.

Wo sozialdemokratische Finanzminister »wettbewerbsfähige« Unternehmenssteuern oder Spitzensätze durchsetzen, bedeutet dies schlicht: so niedrig, dass sie die Kapitalflucht nicht befördern und Investitionen eher anlocken als abschrecken. Mitglieder und Wähler finden dies ungerecht, schließlich kann man nicht »die da oben« entlasten, ohne »die da unten« zu belasten. Ganz gleich, ob die Kritiker einräumen, dass die Regierung nicht anders kann oder ob sie einwenden, sie könnte sehr wohl anders: In jedem Fall geht Vertrauen verloren. Im einen Fall hat die Regierung kein soziales Gewissen, im anderen nicht die Macht, die eine Regierung haben sollte. Ist der Nationalstaat noch ein brauchbares Instrument für sozialdemokratische Politik?

### Erhard Eppler

(\* 1926) Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D.; war von 1970 bis 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und von 1973 bis 1992 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission.

### Im Marktstaat wird buchstäblich alles zur Ware

Inzwischen ist auch der Staat erfunden und theoretisch begründet, der seine eigene Ohnmacht als Tugend feiert. Er ist Ergebnis eines dicken Wälzers, der in den angelsächsischen Ländern zum Bestseller wurde. Der *Marktstaat*, für Philip Bobbit und seine Anhänger der Staat des 21. Jahrhunderts, ist von sozialdemokratischen Vorstellungen weiter entfernt als alles, was in den letzten hundert Jahren von Liberalen oder Konservativen angestrebt worden ist. Dieser Staat ist nicht mehr für seine Bürger zuständig, sondern nur noch für die Märkte, ihr Funktionieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich gefälligst an die Märkte zu wenden. Auf dem Bildungsmarkt gibt es Bildung zu kaufen, für wenig Geld dürftige, für viel Geld bessere. Im Telefonbuch sind die Nummern der Sicherheitsfirmen verzeichnet, deren Dienste mieten kann, wer sich nicht sicher fühlt.

Natürlich auch die Nummern der Versicherungen, bei denen man sich für das Alter oder den Krankheitsfall absichern kann. Und so fort.

Im Marktstaat wird buchstäblich alles zur Ware, auch und gerade alles, was nach Meinung von Sozialdemokraten, aber auch nach christlicher Soziallehre, eben nicht zur Ware werden darf. Sogar das staatliche Gewaltmonopol, Kern des modernen Staates, hat dem Markt zu weichen. Die *Citoyenne* wird zur Kundin. Politik wird nicht verboten, sie verliert ihren Gegenstand, wird gegenstandslos. Die Frage nach der Gerechtigkeit ohnehin. Der Marktstaat wäre wohl auch eine Republik, aber eine radikal andere als das Grundgesetz sie vorsieht. Wir sind davon noch weit entfernt. Aber dass wir uns in dieser Richtung bewegen, ist gewollt.

Nein, zu Tode gesiegt hat sich die Sozialdemokratie wahrlich nicht. Eine ganz andere, die entgegen gesetzte Frage ist, ob die Sozialdemokratie noch die Kraft hat, in einer unter marktradikalen Vorzeichen globalisierten Ökonomie dem Druck standzuhalten, dem sie ausgesetzt ist, von den Medien, von einer konformistischen Wissenschaft der Ökonomie, nicht zuletzt von multinationalen Konzernen, die gegenüber dem Nationalstaat – wie gegenüber den Gewerkschaften – immer am längeren Hebel sitzen. Es fehlt nicht an Aufgaben, sondern an Macht.

Eine Gesellschaft, in der das Gerechtigkeitsempfinden einer Mehrheit verletzt ist – bisher, auch 1863, war dies nur eine Minderheit –, schreit nach dem, wofür Sozialdemokraten stehen. Aber diese Mehrheit zweifelt, ob die Politik im Allgemeinen und die Sozialdemokraten im Besonderen noch leisten können, was zu leisten ist. Zweifel sind durchaus erlaubt. Weltweit hat sich die demokratische Linke in ihrem Widerstand gegen die marktradikale Welle selten mit Ruhm bedeckt. Vor allem hat sie sich, auch in Europa, nicht zu gemeinsamen Positionen dagegen durchringen können.

**»Gesucht ist eine Politik, die klüger – und gerechter – ist als das, was der Markt liefern kann.«**

### **Die marktradikale Welle läuft aus**

Die marktradikale Globalisierung hat den Nationalstaat zum Standort degradiert. Aber die Welle läuft aus, sie verebbt. Am deutlichsten ist dies sichtbar in Lateinamerika. Auch in Europa schwindet der Glaube an marktradikale Verheißungen. Dass auf deregulierten Finanzmärkten mehr Kapital verbrannt wurde als Europa ausgeben müsste, um seine Klimaziele zu erreichen, hat eine Ernüchterung abgeschlossen, die sich seit Jahren anbahnt. Nein, der Markt ist nicht immer klüger als die Politik. Gesucht ist eine Politik, die klüger – und gerechter – ist als das, was der Markt liefern kann. Und dies, obwohl die Fakten der Globalisierung sich nicht verändert haben. Nach wie vor haben – siehe *Nokia* – die Renditeerwartungen global agierender Konzerne Vorrang vor den Wünschen nationaler Regierungen. Nach wie vor zwingt ein global agierendes Kapital die Nationalstaaten in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern für Unternehmen und für Spitzeneinkommen. Aber der ideologische Überbau für all dies zerbricht. Die Mehrheit der Europäer – und der Deutschen – haben begriffen, dass es im globalen Turbokapitalismus mehr Verlierer als Gewinner gibt, und dass die Gefahr, bei den Verlierern zu landen, erheblich größer ist als die Chance, reich zu werden.

Zu dieser Mehrheit gehört ein großer Teil derer, die sich zur Mitte rechnen. Sie wollen, dass nicht nur wenige profitieren, wenn die Wirtschaft gut läuft, dass die Steuerlast wenigstens wieder so verteilt wird wie vor 30 oder 40 Jahren. Und das alles verlangen sie von der Regierung ihres Nationalstaats, eines Nationalstaats, den eine marktradikale Globalisierung zum Standort degradiert hat.

Aber immerhin: Soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr, wie vor fünf Jahren, ein Randthema, für das weise Ökonomen nur Spott übrig haben. Die rasch sich vertiefende Kluft zwischen immer Reicherer und in die Armut Abrutschenden, zwischen Vorstandsbezügen und Hungerlöhnen droht nun auch in Deutschland die Gesellschaft zu spalten. Eine eindeutige Mehrheit möchte dies verhindern.

### Warum die SPD gebraucht wird

Welche Partei könnte diese Aufgabe schultern? Die Unionsparteien? Da gibt es seriöse Politiker, die sehr wohl gemerkt haben, was nötig und an der Zeit ist. Aber sie haben keine Chance, sich durchzusetzen. Die Partei der *Linken*? Sie ist in der Globalisierung und damit im 21. Jahrhundert noch nicht angekommen. *Die Grünen*? Sie könnten es sich am ehesten leisten, aber eben nicht alleine. Bleiben also die Sozialdemokraten.

Vernünftigerweise dürfte die Frage nicht lauten, ob die SPD noch zu retten ist, sondern ob sie unsere Gesellschaft noch vor der Spaltung retten kann. Warum in aller Welt soll oder gar muss die SPD gerettet werden in einem Augenblick, wo sie nötiger gebraucht wird als jemals seit den 70er Jahren?

Ein Grund, aber eben nur einer, mag in den Medien liegen. Es ist heute möglich, eine Partei klein zu kriegen, wenn mächtige Medien und eine einzige Demoskopiefirma zusammenspielen. Da wird ein Vorsitzender niedergemacht, und sofort liefern die Demoskopie katastrophale Zustimmungswerte, so dass die Medien ausführlich darüber rasonieren können, warum die Partei zum Abgrund wankt. Das produziert dann noch niedrigere Werte. Und so fort. Es stimmt schon, dass heute in manchen Redaktionen Leute sitzen, die Politik nicht erklären, begleiten, werten, kritisieren oder loben, sondern selbst machen wollen. Und können.

**»Kann die SPD unsere Gesellschaft noch vor der Spaltung retten?«**

Der zweite Grund liegt in dem Politikverdruss, der immer weiter um sich greift. Die Menschen, die manchmal verzweifelt oder angewidert Anne Will oder Maybritt Illner abschalten, spüren, dass die Politiker, die sich da präsentieren, gar nicht so mächtig sind, nicht nur, weil man ihnen das Wort abschneidet, sobald sie ein paar Zentimeter unter die Oberfläche bohren wollen, sondern weil sie das, was sie wollen und vertreten, meist doch nicht realisieren können, sogar wenn sie an der Regierung sind. Sie können darüber lamentieren, wie unfair *Nokia* sich verhalte, aber sie können nicht verhindern, dass der Konzern in Rumänien die höhere Rendite sucht. Sie können nur darüber jammern, dass auf deregulierten Finanzmärkten ein Vielfaches dessen verbrannt wurde, was für eine großzügige Familienpolitik nötig wäre. Ändern können sie es nicht.

Der dritte Grund ist, dass die Sozialdemokraten, auch wo sie regiert haben – vielleicht mit Ausnahme der skandinavischen Länder – nicht haben verhindern können, dass die Kluft zwischen Arm und Reich sich vertieft hat. Natürlich ist

Gerhard Schröder nicht Schuld daran, dass auch in seiner Regierungszeit die Gewinne ungleich stärker gestiegen sind als die Löhne. Aber es stimmt, dass Schröder, Clement und Eichel an der wachsenden Ungleichheit wenig geändert haben. Waren sie vielleicht doch nur »Genossen der Bosse«? Oder konnten sie nicht handeln, dann war und ist gleichgültig, wer regiert. Was blieb, war der Tatbestand, dass genau in dem Augenblick, als ein sozialdemokratischer Kanzler beim – notwendigen – Umbau des Sozialsystems Opfer vom kleinen Mann verlangte, die Großen beim Kassieren jedes Maß verloren. Das verletzte, und die Wunde ist noch offen. Sie wird überwiegend Sozialdemokraten angelastet. Das mindert ihre Glaubwürdigkeit.

**»Wo die Kluft zwischen Arm und Reich zu tief wird, spaltet sich die Gesellschaft.«**

Parteien sind kein Selbstzweck. Gäbe es für die SPD nichts mehr zu tun, dann dürfte sie, wie Brigitte Seebacher angeregt hat, sanft entschlafen, aus Altersschwäche. Aber es gibt mehr, Größeres, Schwierigeres zu tun, als wir noch vor 20 Jahren ahnen konnten.

### **Für eine Politik des sozialen Ausgleichs**

Zuerst muss die Sozialdemokratie zeigen, dass sie begriffen hat, was in Deutschland – und nicht nur da – ansteht: Die Gesellschaft vor einer Spaltung zu bewahren. Wo die Kluft zwischen Arm und Reich zu tief wird, wo die Reichen sich in *Gated Communities* einigeln, sich von privaten Sicherheitsleuten gegen die Kriminalität und Gewalt aus den *Slums, barrios, bidonvilles* bewachen lassen, spaltet sich die Gesellschaft, privatisiert, kommerzialisiert und chaotisiert sich die Gewalt. Was in Brasilien oder Südafrika, aber auch in den USA in vollem Gange ist, muss in Zentraleuropa verhindert werden. Da sind Sozialdemokraten gefragt. Sie können es anpacken mit dem Selbstbewusstsein, das sich aus dem Vollzug des Mehrheitswillens ergibt. Wer abwenden will, was anderswo immer häufiger geschieht, muss beweisen, dass eine Politik des sozialen Ausgleichs sich vereinbaren lässt mit einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sich den Realitäten der Globalisierung stellt und mit einer Klimapolitik, die nicht nur hehre Ziele formuliert, sondern auch bereit ist, sich mit Sonderinteressen anzulegen.

Das ist ziemlich viel auf einmal. Aber billiger ist eine humane Zukunft nicht zu haben. Natürlich kann eine Partei nicht drei Dutzend Konflikte auf allen Feldern gleichzeitig anzetteln. Sie muss ein paar exemplarische Konflikte langfristig anlegen. Der Mindestlohn ist ein solcher Konflikt. (Aber dann muss auch dem *Bild*-Zeitungsleser klar gemacht werden, dass man die Niedrigstrenten in zwanzig Jahren am besten durch Mindestlöhne heute bekämpft!)

Wer der Spaltung der Gesellschaft wehren will, braucht einen handlungsfähigen Staat. Die Sozialdemokratie muss sich erkennbar der Abwertung des Staates widersetzen. Das ist 2008 wesentlich leichter als 2003.

Wer die Gewichte von Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu justieren will, muss vorläufig im Nationalstaat ansetzen. Aber er muss wissen, dass letztlich nur die EU die sozialen und ökologischen Rahmen für den Markt ersetzen kann, die im Nationalstaat zerbrochen sind. Die SPD muss eine europäische Partei sein. Sie muss Motor sein für gemeinsame Positionen und Initiativen der europäischen Sozialdemokraten.